

## **NIEDERSCHRIFT Nr.: 8/L**

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

**am 02.03.2016, um 16.08 Uhr**

8. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.08 Uhr

Sitzungsende: 17.23 Uhr

---

### Anwesend:

#### Vertreter des Senats

Herr Senator Martin Günthner

#### Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen  
Herr Jens Crueger  
Herr Björn Fecker  
Frau Susanne Grobien  
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)  
Herr Andreas Kottisch  
Herr Sascha Lucht  
Frau Lencke Steiner  
Herr Klaus-Rainer Rupp  
Herr Jan Saffe für Frau Sülmez Dogan  
Herr Christian Schäfer  
Herr Uwe Schmidt  
Herr Elias Tsartilidis

#### Von der Verwaltung

Herr Brunßen	Herr Peters
Frau Bullenkamp	Herr Poppinga
Herr Cordßen	Herr Sengstake
Herr Hermann	Herr Staatsrat Siering
Frau Jansen	Frau Stellmacher
Herr Dr. Kühling	Herr Wiebe

#### Gäste

Herr Rehberg (bremenports)  
Herr Westkamp (Jobcenter Bremen)  
Herr Göbel (WFB)

**Abg. Kastendiek** eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**TOP 1    Genehmigung der Niederschrift Nr. 7/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 10.02.2016**

**Beschluss:**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

**An die Deputation als Sondervermögensausschuss**

**TOP 2    Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);  
Zwischenbericht zum 31.12.2015**

Vorlage Nr. 19/109-L/S

**Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) den vorgelegten Zwischenbericht per 31.12.2015 zur Kenntnis.

**TOP 3    Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt)  
Grundsanie rung der Richard-Dunkel-Straße (Airport-Stadt Nord)  
Ausnahmen von den Restriktionen der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2016  
nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen**

Vorlage Nr. 19/123-L/S

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Zulässigkeit der Ausgaben während der haushaltslosen Zeit der Grundsanie rung des öffentlich verbleibenden Teils der Richard-Dunkel-Straße in der Airport-Stadt Nord mit Gesamtkosten von 570.000 € zu. Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 4    Sondervermögen Fischereihafen  
Controllingbericht für das 4. Quartal 2015 (vorläufiger Jahresabschluss)**

Vorlage Nr. 19/110-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensaus schuss für das sonstige Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Controllingbericht für

den Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2015 (vorl. Jahresabschluss) zur Kenntnis.

## **An die Deputation**

### **TOP 5 Produktgruppencontrolling**

**hier: Controllingbericht Januar bis Dezember 2015 (Jahresabschlussbericht)**

Vorlage Nr. 19/111-L/S

**Abg. Frau Steiner** bittet um Erläuterung des Verhältnisses zwischen Hafenumschlag und Containerumschlag bzw. Raumgebühren, da die Erläuterungen auf der letzten Seite des Controllingberichtes widersprüchlich erschienen. Herr **Peters** erläutert die Zusammenhänge zwischen Hafenumschlag und Containerumschlag und die sich daraus ergebende Entwicklung der Raumgebühren. Auf ihre weitere Zwischenfrage weist er auf Ausweichverkehre in andere Häfen wie den Jade-Weser-Port hin, unter anderem bedingt durch den Unfall in 2015 an der Containerkaje.

**Abg. Rupp** fragt nach den langfristigen Auswirkungen der verzögerten Programmstarts der neuen ESF- und EFRE-Programmperiode. Zudem scheine eine Diskrepanz zwischen dem Tabellenwerk mit einem Stand des Verlustvortrages von 2,5 Mio. € und den Erläuterungen – sie nennen 12,9 Mio. € - zu bestehen. **Herr Wiebe** erklärt, der Verlustvortrag umfasse den Übertrag aus erwarteten, aber in der Vergangenheit nicht eingegangenen Einnahmen und könne mit Einnahmen in den Folgejahren aufgelöst werden. Abweichungen in den Darstellungen lassen sich aus unterschiedlichen Zeitbezügen und teilweise differenzierter Betrachtung der einzelnen Strukturfonds EFRE; ESF und EMFF erklären. Die Umsetzung der neuen Förderperiode der Strukturfonds laufe zwar verzögert an; erste Maßnahmen seien allerdings beschlossen und gravierende negative Auswirkungen seien derzeit nicht zu erwarten.

#### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis Dezember 2015 zur Kenntnis.

### **TOP 6 Beteiligungsbericht über das 1. bis 4. Quartal 2015**

Vorlage Nr. 19/112-L/S

Auf entsprechende Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** erklärt **Staatsrat Siering**, die Flughafen Bremen GmbH werde das geplante Projekt „Smart Departure“ für die Neugestaltung der Fluggastkontrollen über Kredite finanzieren.

#### **Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Beteiligungsbericht

über das 1. bis 4. Quartal 2015 zur Kenntnis.

## **TOP 7 Controllingbericht der WFB per 31.12.2015**

Vorlage Nr. 19/113-L/S

**Abg. Kastendiek** vermutet hinsichtlich der Zahl von 3858 gesicherter/geschaffener Arbeitsplätze auf Seite 1 der Vorlage einen Schreibfehler, da im Tabellenwerk 2858 Arbeitsplätze genannt seien.

**Abg. Rupp** bemerkt, dass die Entwicklung neuer bzw. gesicherter Arbeitsplätze trotz gesteigener Unternehmenskontakte rückläufig sein.

**Dep. Frau Werwath** bittet den geringen Anteil von Frauenarbeitsplätzen an den neu geschaffenen Arbeitsplätzen insgesamt sowie Überlegungen zur Änderung dieser Lage zu erläutern.

**Herr Dr. Kühling** stellt fest, dass die Mittel aus den Förderprogrammen nicht wie gewohnt abgerufen worden seien; teilweise sei ein Rückgang um bis zu 80% zu verzeichnen gewesen. Die Kreditsituation am Markt sei aktuell überaus günstig, sodass die Unternehmen benötigtes Fremdkapital für Investitionen dort besorgten. Analog schlage sich dies auch in der Förderung von Frauenarbeitsplätzen nieder, trotz der besonderen Förderoptionen von Frauenarbeitsplätzen etwa im LIP. Somit konzentrierten sich die Förderfälle auf die überhaupt eingeleiteten Investitionsvorhaben und den damit verbundenen Arbeitsplatzförderungen.

**Abg. Kottisch** weist auf das rückläufige Gewerbeflächenangebot hin und bittet für eine der nächsten Sitzungen um einen Bericht zu Perspektiven des Gewerbeflächengeschäfts.

**Abg. Kastendiek** teilt mit, dass die Frage nach der richtigen Zahl auf Seite 1 inzwischen geklärt sei. Es handle es sich um einen Übertragungsfehler; die richtige Zahl laute 3758 und beziehe sich insgesamt auf neu geschaffene (900) und gesicherte (2858) Arbeitsplätze.

**Abg. Frau Steiner** hält die erfolgreiche Neuansiedlung von 24 Unternehmen aus 877 Ansiedlungsgesprächen für verbesserungswürdig. **Herr Dr. Kühling** stellt fest, dass unter den 24 neu angesiedelten Unternehmen zum Teil auch internationale Unternehmen seien. Die Zahl von 877 umfasse Kontakte aller Art, wie etwa unverbindliche Erstkontakte auf Messen und ähnliche Gespräche, von denen nicht jeder auch zu einer Neuansiedlung führen könne.

### **Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Controllingbericht der

WFB per 31. Dezember 2015 zur Kenntnis.

**TOP 8 Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 4. Quartal 2015**

Vorlage Nr. 19/114-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 4. Quartal 2015 zur Kenntnis.

**TOP 9 Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 4. Quartal 2015**

Vorlage Nr. 19/115-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 4. Quartal 2015 zur Kenntnis.

**TOP 10 WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH  
Kostenstruktur WFB im Geschäftsjahr 2014 (Fragen der Fraktion Die LINKE)  
Bericht über Einspareffekte durch Verschmelzung von BIG, HVG und BMG zur WFB  
(ergänzende Fragen der Fraktion der CDU)**

Vorlage Nr. 19/096-L

**Abg. Rupp** dankt für den Bericht und bittet um ergänzende Erläuterung zu den in Anlage 2 beschriebenen Grundsätzen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung, die die Frage aufwerfen, ob und in welchem Umfang eine innerbetriebliche Verrechnung zwischen den Geschäftsbereichen stattfindet und der Bereich Wirtschaftsförderung die anderen Geschäftsbereiche mitfinanziert.

Im Bereich Messe und Veranstaltungen habe er ein mindestens ausgeglichenes Ergebnis erwartet; aufgrund des dargestellten deutlichen Minus bitte er zu erläutern, wie dieser Bereich perspektivisch weiter betrieben werden könne oder weiterhin dauerhaft durch Flächenverkäufe querfinanziert werden müsse.

**Abg. Kastendiek** bezweifelt, dass sich die in 2008/09 prognostizierten Synergieeffekte nicht darstellen können lassen sollten; in Aufsichtsratssitzungen hätten in der Vergangenheit weitergehende Informationen vorgelegen. In der Personalentwicklung sehe er jedenfalls mit dem IST-Stand von rund 240 Vollzeitäquivalenten – abzüglich der nachträglich

erfolgten Fusion mit bremen.online - zur Prognose von 217 Vollzeitäquivalenten für die WFB eine erhebliche Diskrepanz. Ebenso wie die Synergieeffekte müsste sich auch der Aufgabenzuwachs bei der Messe darstellen lassen; insofern vermisse er weitere Effizienzeffekte.

**Abg. Fecker** fragt nach der in der regulären Dezembersitzung avisierten Neustrukturierung der WFB und wann und wie die Deputation über die Entwicklungsschritte unterrichtet werden solle. Zur Führungsstruktur stellt er fest, dass vergleichbare Einrichtungen anderer Standorte mit deutlich weniger Personal auf erster und zweiter Ebene auskämen.

**Herr Göbel** bemerkt, es gebe eine innerbetriebliche Leistungsverrechnung, allerdings würden beispielsweise Personalkosten aus dem Marketing für spezielle Events anderer Geschäftsbereiche nicht noch einmal extra verrechnet.

Der Bericht basiere auf dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 und umfasse einen besonders hohen Anteil außerordentlicher Geschäftsvorfälle; insofern stelle dieses Geschäftsjahr nicht den Normalfall dar. Der Messe- und Veranstaltungsbereich hat dagegen genau die Zielvorgabe – ein ausgeglichenes Ergebnis vor Pacht – erreicht; das dargestellte Defizit entspreche etwa der Höhe der Pachtzahlungen. Davon unabhängig werde die Optimierung des Veranstaltungsbereiches fortgesetzt und weitere Verbesserungen seien realistischerweise auch zu erreichen. Das Ergebnis dieses Geschäftsberichtes sei für das Messe- und Veranstaltungswesen in Deutschland relativ einmalig.

In Richtung des Abg. Kastendiek erläutert er, dass der Personalüberhang zu 80-90% aus dem Veranstaltungsbereich generiert worden sei; für diesen gebe es unter der Voraussetzung, der Bereich refinanzieren sich selbst aus dem operativen Geschäft, keinen Einstellungsstopp. Wie oben dargelegt, habe der Geschäftsbereich diese Vorgabe auch eingehalten. Des Weiteren sei mit dem Unternehmensservice Bremen eine gezielte Geschäftsausweitung vorgenommen worden.

Synergieeffekte ließen sich heute - nach inzwischen sechs Jahren Weiterentwicklung der WFB - nicht mehr seriös darstellen; dafür müsste ermittelt werden, wie der heutige Aufgabenumfang in der alten Struktur sowie bei angepasster Kostenberechnung erledigt worden wäre. Allerdings seien die ursprünglich dargestellten Synergieeffekte unter Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen bei Ausnutzung der natürlichen Personalfuktuation relativ schnell gehoben worden; diese kamen bereits nach 12 Monaten der Wirtschaftsförderung zugute.

**Senator Günthner** führt zur Geschäftsführung weiter aus, dass der Vertrag des für das Standortmarketing verantwortlichen Geschäftsführers in Kürze auslaufe. Die weitere Perspektive würde von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus den Herren Heyer und Göbel von der WFB sowie den Herren Dr. Kühling und Wiebe vom Ressort eruiert, um weiteres

Optimierungspotenzial zu identifizieren und heben zu können. Er erwarte, noch vor der Sommerpause die Deputation mit einem konkreten Sachstand zur weiteren Entwicklung der WFB begrüßen zu können.

**Abg. Rupp** bittet, eine ähnliche Aufstellung auch für das Jahr 2015 vorzulegen und daraus auch Schlüsse für die Aufstellung des Wirtschaftsplans zu ziehen.

**Abg. Frau Steiner** fragt vor dem Hintergrund der Personalquote von 37% nach der Kernaufgabe der WFB.

**Herr Göbel** erklärt, dass die heutige WFB ein Verbund von 12 fusionierten Unternehmen sei, in dem auch personalintensive Bereiche wie Messen und Veranstaltungen integriert seien. Zwar sei somit eine relativ große Einheit entstanden, die aktuell von nur noch vier Geschäftsführern geführt werde. Andere Standorte benötigten wesentlich mehr Institutionen und Organisationseinheiten und litten unter einem aufgabenmäßig nicht klar abzugrenzenden Geflecht. In Richtung des Abg. Rupp bestätigt er, dass ein weiterer Bericht für 2015 vorgesehen sei.

**Abg. Kastendiek** wirft ein, dass dieser Bericht vom Abg. Rupp als Grundlage für die zukünftige Entwicklungssteuerung gedacht sei. **Herr Göbel** erwidert, dass die zukünftige Entwicklung Thema der Arbeitsgruppe und politischer Vorstellungen seitens des Senats sei.

#### **Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt die Berichte zur Kostenstruktur der WFB für das Geschäftsjahr 2014 und über Einspareffekte durch Verschmelzung von BIG, HVG und BMG zur WFB zur Kenntnis.

### **TOP 11 Markenarchitektur, Markenkern und Kommunikationsmuster für die Freie Hansestadt Bremen (Corporate-Design-Handbuch) sowie Relaunch des Stadtportals bremen.de**

#### **Ausnahme nach Artikel 132a Landesverfassung**

Vorlage Nr. 19/118-L/S

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** antwortet **Staatsrat Siering**, die Kosten für den Entwurf des Neudesigns betragen rund 60.000 €.

**Abg. Frau Grobien** fragt, an welchen Stellen genau die Neuigkeiten im Relaunch lägen.

**Abg. Kastendiek** greift - bei allgemeiner Zustimmung aus der Deputation - den Vorschlag von **Senator Günthner** auf, zu dieser Frage Herrn Dr. Sondergeld einzuladen. Er stellt fest, dass so verfahren werde.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Neuausrichtung von Markenarchitektur, Markenkern und Kommunikationsmuster für die Freie Hansestadt Bremen sowie den Relaunch des Stadtportals bremen.de zur Kenntnis.

**TOP 12 Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe Wertgrenzen zur freihändigen und beschränkten Vergabe anheben**

Vorlage Nr. 19/093-L

**Abg. Kottisch** sieht mit der Vorlage den vorgeschlagenen Weg der Koalition zur Neugestaltung der Wertgrenzen bei freihändigen Vergaben bestätigt. Allerdings sei die Vorlage vergleichsweise defensiv ausgefallen und biete den Befürchtungen des Rechnungshofes breiten Raum. Seines Erachtens rechtfertigten die Chancen und positiven Effekte die Risiken, zudem die Wertgrenzen für freihändige Vergaben an anderen Standorten noch höher seien.

**Abg. Kastendiek** sieht die Haltung der CDU-Fraktion zu einer Erhöhung der Wertgrenzen ebenfalls bestätigt, auch wenn über das Limit weiter debattiert werden könnte. Die CDU-Fraktion halte nach wie vor ein höheres Limit für angemessen und werde daher auch Ziffer 3 des Beschlussvorschlages nicht zustimmen.

Die Position des Rechnungshofes halte er nicht für nachvollziehbar und auch nicht für belegbar. Dessen Verweis auf ein zeitlich begrenztes Sonderkonjunkturprogramm helfe zur Beurteilung des Sachverhaltes nicht weiter. Auch könnten Prozesskosten nicht in Teilkosten gesplittet werden. Im Übrigen halte die CDU-Fraktion an ihrem Vorschlag fest; die weitere Debatte sei in der Bürgerschaft zu erwarten.

**Abg. Rupp** schließt sich inhaltlich der CDU-Position an; deren angestrebte Wertgrenzen seien plausibel. Es stelle sich noch die Frage, inwiefern Wertgrenzen und Tariftreue miteinander zusammenhängen; die Antwort auf eine entsprechende Frage in der Fragestunde habe diesen Zusammenhang verneint; die Deputationsvorlage gebe anderes wieder.

**Abg. Fecker** verweist auf die vorgesehene Evaluation der Gesetzeswirkungen nach fünf Jahren. Weitere Details könnten in der Bürgerschaft diskutiert werden.

**Herr Slopinski** erläutert, dass die Tariftreue vom EuGH für europaweite Ausschreibungen verneint worden sei. Die entsprechende Passage in der Bürgerschaftsantwort solle auf den Mechanismus hinweisen, dass dies von der Ausschreibung im Hinblick auf die Binnenmarktrelevanz abhängig sei. Auf die Verfahrensart käme es hingegen nicht an. Auf die Anschlussfrage des **Abg. Kastendiek** im Hinblick auf das Verhältnis von Tariftreue zu allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen vor dem Hintergrund des Arbeit-

nehmerentsendegesetzes erklärt **Herr Slopinski**, dass ein Tariflohn nur dann bei europaweiten Ausschreibungen verlangt werden könne, wenn der für allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag über das Arbeitnehmerentsendegesetz auch auf Entsendefälle anwendbar sei. Ansonsten könne Tariftreue auch dann nicht verlangt werden, wenn der in Bezug genommene Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt worden sei.

### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu dem Antrag der CDU-Fraktion vom 13.11.2015 Drucksache 19/140 und zu dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 14.01.2016, Drucksache 19/244 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Weiterleitung des Berichtes an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Antrag „Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe“ (Drucksache 19/140) vom 13.11.2015 der CDU-Fraktion abzulehnen.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag „Wertgrenzen zur freihändigen und beschränkten Vergabe anheben“ (Drucksache 19/244) vom 14.01.2016 der Fraktionen der SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN unter Berücksichtigung der sich aus Anlage 4 zum Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ergebenden Änderungen zu beschließen.

Die Beschlussfassung erfolgt zu den Ziffern 3 und 4 gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP.

## **TOP 13 Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**

### **Maßnahmen und Handlungsschritte**

Vorlage Nr. 19/120-L

**Abg. Frau Böschen** bedankt sich für die gut dargestellte Übersicht.

Auf die Nachfrage der **Abg. Frau Böschen** erläutert **Frau Jansen**, dass es im Rahmen eines Fragebogens Erhebung zur jeweiligen Kompetenz gäbe. Es seien aber keine einheitlichen Mindeststandards vorgegeben. Hier müsse das Ziel sein, entsprechende Standards herzustellen. **Abg. Frau Böschen** führt weiterhin aus, dass Lücken in der Sprachförderung geschlossen werden müssen, um gute Voraussetzungen für Berufsausbildung oder Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Auch müssten Frauen durch homogene Gruppen

und entsprechende Kinderbetreuung unterstützt werden. Es würden derzeit gut 20 Instrumente eingesetzt, über die entsprechenden Erfolge sollte man sich künftig austauschen.

**Frau Jansen** fügt hinzu, dass ein entsprechender Sprachgipfel erfolgen soll, zzt. gäbe es nicht genügend Sprachkurse in diesem Bereich.

**Abg. Rupp** merkt an, dass diese Vorlage deutlich mache, wie groß die Lücke zwischen der Planung und dem derzeit Notwendigem sei. Dennoch seine einzelne Maßnahmen sinnvoll und notwendig. Er befürchte, dass die Zielgruppe der Flüchtigen gegen andere Zielgruppen ausgespielt werden könnten.

**Abg. Fecker** gibt zu bedenken, dass auch diejenigen Menschen erreicht werden müssten, die bereits in einer Wohnung leben würden. Er frage nach, in welcher Form es bereits Erfahrung mit den Dingen, die hier geschildert werden, gebe.

**Frau Jansen** erklärt hierzu, dass die Betroffenen nach Beendigung des Asylverfahrens sofort in das SGB II kommen und somit über das Jobcenter in ihren Wohnungen erreicht werden können.

**Abg. Rupp** merkt an, dass erst entsprechende Grundkenntnisse vermittelt werden müssen, bevor weitere Maßnahmen möglich seien, daher können diese erst zu einem späteren Zeitpunkt gestartet werden.

Auf die Nachfrage des **Abg. Schäfer** erklärt **Frau Jansen**, dass es zu der verwendeten Formulierung „Geflüchtete“ keinen ideologischen Hintergrund gebe.

#### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

### **TOP 14 Die Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme (AMIP) 2016 der Jobcenter Bremen und Bremerhaven**

Vorlage Nr. 19/101-L/S

**Abg. Frau Böschen** bemerkt, dass das Arbeitsmarktprogramm (AMIP) für Bremen modifiziert wurde. Ebenso insbesondere das Handlungsfeld 6. Sie fragt nach, ob es für Bremerhaven hier evtl. noch Änderungen ergeben könne. Weiterhin stellt Sie die Frage, was die Förderprogramme bisher an Ergebnissen gebracht hätten und wie die Erfolge einer Maßnahme gemessen werden. **Abg. Frau Böschen** bittet um eine Darstellung von Fallzahlen zu kommunalen Eingliederungsleistungen, die durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und durch den Magistrat Bremerhaven erbracht werden, in einer der nächsten Sitzungen.

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** erläutert **Frau Jansen**, dass jeweils im Sommer eines Jahres geschaut werde, welche abschlussbezogenen Maßnahmen im kommenden Jahr durchgeführt werden sollen. Daher sei es für eine Planung für das Jahr 2017 noch zu

früh. Es handele sich hier um Bundesmittel und die Verwendung sei somit festgelegt. Hier sei es nicht immer das Ziel den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen, sondern bei bestimmten Zielgruppen wolle man auf dem zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigung ermöglichen. Das AMIP des Jobcenter Bremerhaven habe andere Ziele wie das AMIP des Jobcenter Bremen.

**Herr Westkamp**, Geschäftsführer des Jobcenter Bremen, führt aus, dass im Jahr 2015 100 % des zur Verfügung stehenden Budgets untergebracht wurde. Es sei nicht nur eine Frage der Menge, die man ausbebe, sondern auch was hiermit bewirkt werde. Es müsse allerdings berücksichtigt werden, dass nicht alle abgemeldeten Arbeitssuchenden in auskömmliche Arbeit gebracht werden können. Es sei ein starker Fokus auf die Arbeitsmarktqualifizierung gelegt worden und Möglichkeiten einen Kammerabschluss zu erzielen. Es stünde jetzt deutlich mehr Geld zur Verfügung. Weiterhin werden ca. 4,3 Mio. aus dem Verwaltungskostenbudget nicht benötigt und somit zurück in den Eingliederungstitel fließen. Hier liefen bereits Vorbereitungen um dieses Geld in Maßnahmen umzusetzen. Zudem würden die Personalkapazitäten erhöht werden. Es müsse hier aber auch eine entsprechende Qualifizierung erfolgen um die Kunden zielgerichtet beraten zu können.

**Abg. Rupp** zeigt sich erfreut über die Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel und würde eine Vorstellung der abgestimmten Planung für das AMIP 2017, mit dem sich auch die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen befassen sollte, begrüßen.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Böschen** erklärt **Herr Westkamp**, dass die Jobcenter in Deutschland unterschiedlich partizipierten. Daher erfolgt eine unterschiedliche Ausstattung im Verwaltungsbudget der einzelnen Jobcenter durch den Bund. Die unterschiedlich hohe Zuteilung von Bundesmitteln zwischen Bremen und Bremerhaven erkläre sich dadurch, dass viele in Bremerhaven lebende Menschen nicht als Flüchtlinge geführt werde, daher der geringere Anteil gegenüber Bremen. Mittel die nicht im Verwaltungskostenbudget benötigt werden fließen in den Eingliederungstitel zurück. Insofern werden im Lauf des Jahres noch zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen, die verplant werden müssen. Da keine Möglichkeit einer Verpflichtungsermächtigung besteht, müssen die Mittel in diesem Jahr soweit wie möglich verplant werden, da sie nächstes Jahr nicht mehr zur Verfügung stünden.

### **Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, über die Umsetzung der AMIP, insbesondere den Mittelabfluss der JC Bremen und Bremerhaven mit Stand Juni 2016 zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 15 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)**

**Bericht über die Ergebnisse der Wettbewerbsaufrufe "Abschlussbezogene Qualifizierung für an- und ungelernte Beschäftigte" und "Neue Formen der Ausbildung"**

Vorlage Nr. 19/121-L

**Frau Jansen** bestätigt auf die Frage der **Abg. Frau Böschen**, dass bei den Förderzentren für junge Menschen u 25 eine Aufstockung der Maßnahme auf 100 Plätze erfolgt sei.

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt das Ergebnis der beiden Wettbewerbsaufrufe zur Kenntnis damit werden 592.000 Euro in der Intervention C 2.1.1 und 600.000 Euro in der Intervention C 1.1.4 verpflichtet.
  2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 1.188.000 Euro ESF-Mittel im BAP -Unterfonds C.1 zu.
- Die Beschlussfassung erfolgt zu dem Beschlussvorschlag Nr. 1. **einstimmig** und zu dem Beschlussvorschlag Nr. 2 gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

**TOP 16 Aktuelles**

**TOP 17 Verschiedenes**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Kastendiek** schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

---

Kastendiek  
- Vorsitzender -

---

Für die Protokollführung  
Sengstake

---

Für die TOPs 10-12  
Stellmacher

## EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 22.03.2016

## Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse	verfügbar <sup>1)</sup>	beschlossen <sup>2)</sup>	verausgabt <sup>3)</sup>
Achse 1 - Innovation	48.140.858	13.860.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	2.003.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	478.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	420.000	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	0	0
Programm insgesamt	96.840.070	16.761.904	0

<sup>1)</sup> Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (5.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

<sup>2)</sup> In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

<sup>3)</sup> Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

## Vorhabenliste

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-Innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremlisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
7	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH	02.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH	10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0

## Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 02.03.2016)

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Potenzielle bilanzielle Auswirkungen der Ausschreibung von Bodenverkehrsdiensten auf die Flughafen GmbH	01.07.2015	Abg. Rupp	Sommer 2016
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	<b>zuletzt 10.02.2016</b>
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
10.	Kostenstruktur WFB - im Geschäftsjahr 2015	schriftlich 02.12.2015	Abg. Rupp	nach Jahresabschluss
13.	Arbeitsmarktförderung von Alleinerziehenden - Zielerreichung der Beratungsstrukturen, Abbruchgründe - Analyse und Konzept	10.02.2016	Abg. Frau Böschen Abg. Rupp	
14.	Spicarium - mögliche Nachnutzung	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
16.	Gewerbeflächenverkäufe	02.03.2016	Abg. Kottisch	
17.	AMIP Darstellung von Fallzahlen zu kommunalen Eingliederungsleistungen	02.03.2016	Abg. Böschen	